

A portrait of Bärbel Bas, a woman with blonde hair, wearing a dark blue quilted jacket over a light pink shirt. She is smiling and looking towards the camera. The background is a blurred indoor setting.

BASis Info 7/2020

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Corona-Pandemie hat unser Leben immer noch fest im Griff. Durch den Lockdown-Light steigt die Zahl der Neuinfektionen zwar nicht mehr weiter an. Gesunken ist die Zahl aber noch nicht. Es gibt noch keine Entwarnung.

Wir haben letzte Woche im Bundestag eine sehr hitzige Debatte um das Infektionsschutzgesetz geführt. Viele Menschen haben mir geschrieben - weil sie Angst um ihre Gesundheit haben, weil ihr Geschäft in Gefahr ist, weil sie den Kontakt zu anderen Menschen vermissen oder weil sie die Maßnahmen ablehnen. Ich nehme diese Rückmeldungen ernst. Ich bin aber ganz ehrlich entsetzt, in welchem Ton diese Debatte geführt wird.

Gerade in den sozialen Medien werden auch Beiträge geteilt, in denen Fakten ganz bewusst falsch dargestellt werden. Ich will diese BASIS Info nutzen, um deutlich zu machen, warum ich die Kontaktbeschränkungen für richtig halte und auf welche Fakten ich meine Einschätzung stütze.

Mir geht es bei allen Maßnahmen darum, dass die Infektionszahlen sinken. Nur so verhindern wir,

dass unsere Intensivstationen überlastet werden. Und nur so kommen wir wieder in die Lage, Infektionsketten nachzuverfolgen. Erst dann können wir ruhiger mit der Pandemie leben.

Nicht nur die Pandemie beschäftigt Duisburg gerade. Letzten Mittwoch habe ich einen Anruf von Thyssenkrupp bekommen: Das Grobblechwerk wird wohl geschlossen, alle Beschäftigten bekommen aber ein Jobangebot. Bereits am Donnerstag fiel diese Zusicherung in sich zusammen. In einer Pressemitteilung schreibt Thyssenkrupp: Betriebsbedingte Kündigungen können nicht ausgeschlossen werden. Im WDR hieß es dazu, die jetzige Unternehmensspitze müsse Fehler der Vergangenheit ausbaden. Nein, es sind die Beschäftigten, die die Fehler ausbaden werden.

Während Niedersachsen bei der Salzgitter AG eingestiegen ist, unterstützen Union und FDP in NRW den Ausverkauf. Wir und vor allem meine Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Landtagsfraktion kämpfen für einen Einstieg des Landes bei Thyssenkrupp. Stahl „made in NRW“ – dafür muss das Land jetzt endlich Verantwortung übernehmen.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Corona-Pandemie - Fragen und Antworten

Wie ist die aktuelle Lage?

Ab Mitte Oktober ist die Zahl der Neuinfektionen stark angestiegen. Am 28. Oktober haben die Länder darauf mit umfangreichen Kontaktbeschränkungen reagiert. Diese Maßnahmen scheinen den Anstieg gebremst zu haben: Die Zahl der Neuinfektionen verharrt aber weiterhin auf hohem Niveau.

Gleichzeitig ist die Zahl der Corona-Patientinnen und -Patienten, die intensiv behandelt werden müssen stark angestiegen. Fast 4.000 Menschen müssen derzeit auf den Intensivstationen behandelt werden. Diese Zahl wird weiter ansteigen, der Höchststand wird aktuell für Mitte Dezember erwartet.

Es sind aber noch Betten frei?

Zurzeit können alle Patientinnen und Patienten, die intensiv behandelt werden müssen, von den Krankenhäusern aufgenommen werden.

Wo liegt dann die Gefahr?

Man rechnet damit, dass 2 Prozent der Infizierten so schwer erkranken, dass sie intensiv behandelt werden müssen. Steigt die Zahl der Neuinfektionen schnell an, so steigt mit einer Verzögerung auch die Zahl derjenigen an, die auf die Intensivstation müssen - zeitverzögert, weil zwischen den ersten Symptomen und der Verlegung auf die Intensivstation ca. 9 Tage liegen. Anfang November, zu Beginn der jetzt geltenden Maßnahmen, verdoppelte sich alle 10 Tage die Zahl derer, die auf der Intensivstation behandelt werden mussten. Am 2.11. lag die Zahl der intensivbehandelten Corona-Patientinnen und

-Patienten bei 2.250 Menschen. Ohne Maßnahmen hätten am 12.11. 4.500, am 22.11. 9.000 und am 2.12. 18.000 Menschen wegen COVID-19 intensiv behandelt werden müssen.

Unser erstes Ziel ist es, dass alle Menschen, die auf die Intensivstation müssen, dort auch behandelt werden können. Das betrifft die, die an COVID-19 erkrankt sind. Das betrifft aber auch die, die einen Herzinfarkt oder einen Autounfall hatten.

Würden neue Intensivbetten helfen?

Wir haben Beatmungsgeräte und Schutzkleidung beschafft und die Krankenhäuser unterstützt, Kapazitäten aufzubauen und freizuhalten. Viele Krankenhäuser haben Operationen, die nicht dringend waren, verschoben. Die Kosten dafür bekommen sie erstattet. Und: Viele Krankenhäuser haben zusätzliches Personal geschult. Das hilft natürlich.

Wenn die Zahlen aber weiter so schnell gestiegen wären wie Anfang November, dann hätte das zwar ein wenig Zeit gebracht. Gegen die Überlastung der Intensivstationen hilft aber nur, die Zahl der Neuinfektionen zu senken.

Warum wurde die Gastronomie geschlossen?

Viele Restaurants und Kneipen haben in aufwendige Hygienekonzepte investiert - das stimmt. Es stimmt aber auch, dass wir bei 75 Prozent der Infektionen nicht sagen können, wo und wie die Ansteckung erfolgt ist. Es sind schlicht zu viele Infektionen, als dass wir alle nachverfolgen könnten.

Genauso wie bei Schulen gilt auch bei Kneipen,



dass viele Menschen dort zusammenkommen und lange Zeit gemeinsam in einem Raum verbringen. Das birgt eine Ansteckungsgefahr. Und: In beiden Fällen werden zusätzlich Kontakte ausgelöst: im Bus, auf dem Weg, beim Rauchen vor der Tür, beim gemeinsamen Einkaufen während der Pause. Viele Einschätzungen beruhen auf Zahlen aus dem Sommer, als wenige Menschen infiziert waren. Bei den Schulen gibt es aber auch Studien, die darauf hindeuten, dass sie durchaus eine Rolle bei der Verbreitung des Virus spielen.

Sicher ist auf jeden Fall: Die Hygienekonzepte haben nicht verhindert, dass wir mitten in der zweiten Welle sind. Wir müssen also unsere Kontakte beschränken. Es ist aus meiner Sicht durchaus schon ein Risiko, die Schulen offenzulassen.

Wie wird der Gastronomie geholfen?

Wir haben bereits viele Schutzschirme aufgespannt. Der neuerliche Lockdown gefährdet aber dennoch alle, die deswegen ihr Geschäft schließen müssen. Wir kommen nur gemeinsam aus der Krise, das gilt hier ganz besonders. Deswegen haben wir weitere zehn Milliarden Euro an Novemberhilfe beschlossen: Antragsberechtigt sind direkt oder indirekt betroffene Unternehmen. Pro Woche der Schließungen gibt es 75 Prozent des bisherigen wöchentlichen Umsatzes. Abschlagszahlungen sollen so schnell wie möglich erfolgen. Weitere Informationen gibt es im Netz unter: <https://bit.ly/3eHvSFz>.

Wird es eine dritte Welle geben?

Wir werden alles tun, dies zu vermeiden. Dazu müssen die Zahlen aber so weit sinken, dass wir wieder nachvollziehen können, wo sich die Menschen angesteckt haben. Wenn wir dies wissen,

können wir Kontaktpersonen gezielt informieren, testen und nötigenfalls in Quarantäne schicken. Je schneller wir hier sind, desto weniger kann sich das Virus schon ausgebreitet haben.

Wir haben deswegen zusätzliche Mittel für die Gesundheitsämter vor Ort zur Verfügung gestellt. Damit werden dort weitere Kapazitäten geschaffen. Wir wollen auch die Corona-Warn-App ausbauen. Auch das kann die Gesundheitsämter unterstützen.

Wir werden noch eine ganze Weile mit der Pandemie leben müssen. Wir müssen deswegen die Risikogruppen besonders schützen. Wir müssen dazu die Testkapazitäten weiter ausbauen. Gerade Schnelltests helfen, Altenheime offen zu halten.

Welche Rolle spielt eine Impfung?

Eine Impfung könnte die Ansteckung wirksam verhindern. Die letzten Nachrichten sind positiv, eine Impfung steht hoffentlich bald zur Verfügung.

Wir sind gerade dabei, die notwendige Infrastruktur aufzubauen. Noch im Dezember sollen die Impfzentren in den Ländern betriebsbereit sein. Auch die Finanzierung ist bereits geregelt. Alle, die sich impfen lassen wollen, haben einen Anspruch darauf.

Es wird aber trotzdem eine ganze Zeit dauern, bis alle geimpft werden können. Zuerst werden die Risikogruppen und diejenigen, die als Pflegekräfte ein besonderes Risiko tragen, geimpft werden. Wie genau die Priorisierung aussehen wird, dazu brauchen wir aber noch genauere Daten über die Wirkstoffe. Ob eine Altersgruppe besonders gut anspricht, spielt genauso eine Rolle, wie die Frage, wie ein Impfstoff gelagert werden muss.



Mein Tagebuch

Am Wochenende stand eine Studentin bei einer Querdenker-Demo auf der Bühne und hat sich mit Sophie Scholl verglichen. Ein 11-jähriges Mädchen spricht davon, dass sie sich wie Anne Frank fühlt, weil sie ihren Geburtstag nicht groß feiern kann. Und uns wird im und außerhalb des Bundestages vorgeworfen, wir würden ein neues Ermächtigungsgesetz verabschieden. Es ist unerträglich, wie hier die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Holocaust verharmlost und instrumentalisiert werden.

Es ist nicht das Volk, es sind Wenige, die so auftreten. Sie stehen aber nicht nur bei den Demos vor dem Bundestag, sie sitzen auch im Plenarsaal. Während draußen aufgerufen wurde, den Bundestag zu blockieren, um uns an der Abstimmung zu

hindern, hat die AfD Störer in den Bundestag geschleust, die Abgeordnete angegangen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedroht haben.

In einer Aktuellen Stunde dazu hat am letzten Freitag meine Kollegin Barbara Hendricks eindrucksvoll geschildert, wie sich seit 2017 die Atmosphäre im Bundestag gewandelt hat. Diese Aktion der AfD ist Teil ihrer Strategie, den Bundestag als Bühne ihrer antidemokratischen Politik zu missbrauchen. Wer gewählte Abgeordnete bedroht und sie am Abstimmen hindern will, bedroht die Demokratie. Das lassen wir nicht zu - gerade auch im Namen der Bürgerinnen und Bürger, die uns gewählt haben.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!

Ich kandidiere wieder!

Am 1. Dezember wird die Duisburger SPD ihre Vorschläge für die beiden Bundestagswahlkreise nominieren. Ich bewerbe mich wieder für diese Kandidatur.

Wir haben in den letzten sieben Jahren in Regierungsverantwortung viele Versprechen eingelöst. Wir sind in der Corona-Pandemie ein verlässlicher Partner. Ich will aber noch mehr für die SPD und damit für die Menschen gerade in Duisburg erreichen - vor allem einen Sozialstaat, der den Menschen Sicherheit gibt, statt ihnen Angst zu machen.

Wir brauchen dafür andere Mehrheiten. Dafür will ich kämpfen. Mit Euch und Eurer Unterstützung.

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:

<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss